

Bezug-Preis

In der Hauptredaktion über der im Stadt-
bezirk und den Vororten errichteten Aus-
gaben ist abgezollt: vierzigpfennig A 4,50,
bei gewöhnlicher möglichster Auslieferung ins
Haus A 5,50. Durch die Post bezogen für
Deutschland und Österreich: vierzigpfennig
A 6.—. Durch die regelmäßige Kreuzverbindung
ins Ausland: monatlich A 7,50.

Die Morgen-Ausgabe erscheint um 7,7 Uhr.
Die Abend-Ausgabe Nochmals um 8 Uhr.

Redaktion und Expedition:

Johannistag 8.

Die Expedition ist Montagabend zu unterbrechen
geöffnet von früh 8 bis spätestens 7 Uhr.

Filialen:

Otto Stamm's Buchhandlung (Alfred Hahn),
Universitätsstraße 3 (Baudamm).

Louis Löhe,

Katharinenstr. 14, post. und Königsgäßchen 2.

N° 309.

Politische Tagesschau.

* Leipzig, 20. Juni.

Nach den Verhandlungsgegenständen gezählt, muß der Inhalt der gestrigen Sitzung des Reichstags als ein äußerst reicher bezeichnet werden. Zu dem vorher auf das Programm gesetzten deutsch-englischen Handelsprovisorium mit dem bedeutungsvollen Antrage v. Hefel und dem die Gemüther von Grenzen vor Gegner erregenden Arbeitsschlußgefechte beigegeht ein Abgeordneter dem Hause noch ein, wenn der Ausdruck erlaubt ist, Extramumer, indem er die Samoa-Politik der Regierung berührte und dadurch den Staatssekretär des Auswärtigen zum Reden brachte. Einem sonderlichen Gewinn vermögen wie in dieser Erhaltung nicht zu erkennen. Herr v. Bülow wußte sich über den Standpunkt Deutschlands in dem Ostseestreit im Wesentlichen genau zu, so wie bei der Beantwortung der Samoa-Interpellation. Offiziell etwas Neues war allerdings die Annicknung der Entschädigungsaufsprüche der an Eigentums- und persönlicher Freiheit gefährdeten Deutschen und die Versicherung, daß sich die Regierung nach dieser Richtung einer Aufgabe — das Wort „Wicht“ wurde vermieden — „vollkommen bewußt“ sei. Offiziell war aber schon vorher die Erörterung von Entschädigungsaufsprüchen gemeldet worden, freilich zu dem offiziellen Hauptworte, zur Beduld zu machen. Auf diese Rücksichtigtlichkeit, vorerst zu warten, legte gestern auch Herr v. Bülow einen starken Accent und es muß dahingestellt bleiben, ob man seiner Absicht, zu beschwichtigen, seine ganze Erklärung nicht ausschließlich zu verdanken hat. Eindeutig wird sich die deutsche Presse entscheiden müssen, aber auch nur eindeutig. Es darf nicht vergessen werden, daß die Forderung nach Abschaltung der Reichsangehörigen in Samoa die Folge eines Deutes der öffentlichen Meinung Deutschlands und nicht das Werk der Initiative seiner Regierung ist, und es kann sich als notwendig herausstellen, in Bezug auf das Tempo ebenso stimmberechtigter einzurichten, wie es bislanglich der Sache selbst gestochen mögte. Herr v. Bülow enterte übrigens gestern einen kleinen Schluß, der vielleicht stärker gewesen wäre, wenn das Haus, d. h. die nicht allzu zahlreichen anwesenden Abgeordneten, nicht von Spannung auf die erste Sitzung des Arbeitsschlags gezwungen gewesen wäre. Der Reichskanzler, diesmal frei sprechend, eröffnete die Reihe der Redner, um folger Graf Palowatzky. Die Vorführe der Regierung hatten vorerst insofern keine übermäßig schwierige Aufgabe, als man nicht behauptete, die Begründung der Vorlage und die Debatte dazu hätten ihnen nichts zu sagen übrig gelassen. Es darf auch unbedingt gegolten werden, daß der Reichsstaatssekretär des Innern ein eindrucksvolles Bild von den Abfertigungen der Gesetzesvorlage entzog, als die beigebrachten Drucksachen; man ist frei von allen Hindernissen gegen die Koalitionsfreiheit und will diese gerade durch die Vorlage schützen. Das Rechtes nötig, trat klar hervor. Graf Palowatzky hob mit geschärfter Hand auf der der Vorlage zu Theil gewordenen sozialdemokratischen Kritik einen Sieg heraus, der den prinzipiell terroristischen Standpunkt der Sozialdemokratie außer allen Zweifel stellt. In einer Berliner Versammlung hatte nämlich ein sozialdemokratischer Reichstagsabgeordneter gesagt:

„In der Deutschtum wird bekannt, daß es eine Pflicht des Staates sei, die Arbeitsschläge als würdige Güter des Staates zu schützen. Aljo die Schafsmüller, die Dummen, die noch

nicht zur Kenntnis ihrer Lage gekommen sind, haben würdige Güter des Staates! Eine Schaf kann man nur als einen Haust ansiehen!“

Die sozialdemokratische Fraktion begleitete dieses Cäcilie mit einem „Sie richtig“, in allem gar nicht mehr darüber zu streiten, daß die Sozialdemokratie sich zu dem Grundsatz bekennt, daß der Arbeitsschlag da, wo sie, die Sozialdemokratie, Arbeitsschaltung proclamirt, rechtlos sei und das von Rechts wegen. Dieser Angesichtsstand liegt in dem Urtheil des Herrn Hefel, das einziges gestern in Worte gekommen ist, wenn der Ausdruck erlaubt ist, Extramumer, indem er die Samoa-Politik der Regierung berührte und dadurch den Staatssekretär des Auswärtigen zum Reden brachte. Einem sonderlichen Gewinn vermögen wie in dieser Erhaltung nicht zu erkennen. Herr v. Bülow wußte sich über den Standpunkt Deutschlands in dem Ostseestreit im Wesentlichen genau zu, so wie bei der Beantwortung der Samoa-Interpellation. Offiziell etwas Neues war allerdings die Annicknung der Entschädigungsaufsprüche der an Eigentums- und persönlicher Freiheit gefährdeten Deutschen und die Versicherung, daß sich die Regierung nach dieser Richtung einer Aufgabe — das Wort „Wicht“ wurde vermieden — „vollkommen bewußt“ sei. Offiziell war aber schon vorher die Erörterung von Entschädigungsaufsprüchen gemeldet worden, freilich zu dem offiziellen Hauptworte, zur Beduld zu machen. Auf diese Rücksichtigtlichkeit, vorerst zu warten, legte gestern auch Herr v. Bülow einen starken Accent und es muß dahingestellt bleiben, ob man seiner Absicht, zu beschwichtigen, seine ganze Erklärung nicht ausschließlich zu verdanken hat. Eindeutig wird sich die deutsche Presse entscheiden müssen, aber auch nur eindeutig. Es darf nicht vergessen werden, daß die Forderung nach Abschaltung der Reichsangehörigen in Samoa die Folge eines Deutes der öffentlichen Meinung Deutschlands und nicht das Werk der Initiative seiner Regierung ist, und es kann sich als notwendig herausstellen, in Bezug auf das Tempo ebenso stimmberechtigter einzurichten, wie es bislanglich der Sache selbst gestochen mögte. Herr v. Bülow enterte übrigens gestern einen kleinen Schluß, der vielleicht stärker gewesen wäre, wenn das Haus, d. h. die nicht allzu zahlreichen anwesenden Abgeordneten, nicht von Spannung auf die erste Sitzung des Arbeitsschlags gezwungen gewesen wäre. Der Reichskanzler, diesmal frei sprechend, eröffnete die Reihe der Redner, um folger Graf Palowatzky. Die Vorführe der Regierung hatten vorerst insofern keine übermäßig schwierige Aufgabe, als man nicht behauptete, die Begründung der Vorlage und die Debatte dazu hätten ihnen nichts zu sagen übrig gelassen. Es darf auch unbedingt gegolten werden, daß der Reichsstaatssekretär des Innern ein eindrucksvolles Bild von den Abfertigungen der Gesetzesvorlage entzog, als die beigebrachten Drucksachen; man ist frei von allen Hindernissen gegen die Koalitionsfreiheit und will diese gerade durch die Vorlage schützen. Das Rechtes nötig, trat klar hervor. Graf Palowatzky hob mit geschärfter Hand auf der der Vorlage zu Theil gewordenen sozialdemokratischen Kritik einen Sieg heraus, der den prinzipiell terroristischen Standpunkt der Sozialdemokratie außer allen Zweifel stellt. In einer Berliner Versammlung hatte nämlich ein sozialdemokratischer Reichstagsabgeordneter gesagt:

„In der Deutschtum wird bekannt, daß es eine Pflicht des Staates sei, die Arbeitsschläge als würdige Güter des Staates zu schützen. Aljo die Schafsmüller, die Dummen, die noch

nicht zur Kenntnis ihrer Lage gekommen sind, haben würdige Güter des Staates! Eine Schaf kann man nur als einen Haust ansiehen!“

Die sozialdemokratische Fraktion begleitete dieses Cäcilie mit einem „Sie richtig“, in allem gar nicht mehr darüber zu streiten, daß die Sozialdemokratie sich zu dem Grundsatz bekennt, daß der Arbeitsschlag da, wo sie, die Sozialdemokratie, Arbeitsschaltung proclamirt, rechtlos sei und das von Rechts wegen. Dieser Angesichtsstand liegt in dem Urtheil des Herrn Hefel, das einziges gestern in Worte gekommen ist, wenn der Ausdruck erlaubt ist, Extramumer, indem er die Samoa-Politik der Regierung berührte und dadurch den Staatssekretär des Auswärtigen zum Reden brachte. Einem sonderlichen Gewinn vermögen wie in dieser Erhaltung nicht zu erkennen. Herr v. Bülow wußte sich über den Standpunkt Deutschlands in dem Ostseestreit im Wesentlichen genau zu, so wie bei der Beantwortung der Samoa-Interpellation. Offiziell etwas Neues war allerdings die Annicknung der Entschädigungsaufsprüche der an Eigentums- und persönlicher Freiheit gefährdeten Deutschen und die Versicherung, daß sich die Regierung nach dieser Richtung einer Aufgabe — das Wort „Wicht“ wurde vermieden — „vollkommen bewußt“ sei. Offiziell war aber schon vorher die Erörterung von Entschädigungsaufsprüchen gemeldet worden, freilich zu dem offiziellen Hauptworte, zur Beduld zu machen. Auf diese Rücksichtigtlichkeit, vorerst zu warten, legte gestern auch Herr v. Bülow einen starken Accent und es muß dahingestellt bleiben, ob man seiner Absicht, zu beschwichtigen, seine ganze Erklärung nicht ausschließlich zu verdanken hat. Eindeutig wird sich die deutsche Presse entscheiden müssen, aber auch nur eindeutig. Es darf nicht vergessen werden, daß die Forderung nach Abschaltung der Reichsangehörigen in Samoa die Folge eines Deutes der öffentlichen Meinung Deutschlands und nicht das Werk der Initiative seiner Regierung ist, und es kann sich als notwendig herausstellen, in Bezug auf das Tempo ebenso stimmberechtigter einzurichten, wie es bislanglich der Sache selbst gestochen mögte. Herr v. Bülow enterte übrigens gestern einen kleinen Schluß, der vielleicht stärker gewesen wäre, wenn das Haus, d. h. die nicht allzu zahlreichen anwesenden Abgeordneten, nicht von Spannung auf die erste Sitzung des Arbeitsschlags gezwungen gewesen wäre. Der Reichskanzler, diesmal frei sprechend, eröffnete die Reihe der Redner, um folger Graf Palowatzky. Die Vorführe der Regierung hatten vorerst insofern keine übermäßig schwierige Aufgabe, als man nicht behauptete, die Begründung der Vorlage und die Debatte dazu hätten ihnen nichts zu sagen übrig gelassen. Es darf auch unbedingt gegolten werden, daß der Reichsstaatssekretär des Innern ein eindrucksvolles Bild von den Abfertigungen der Gesetzesvorlage entzog, als die beigebrachten Drucksachen; man ist frei von allen Hindernissen gegen die Koalitionsfreiheit und will diese gerade durch die Vorlage schützen. Das Rechtes nötig, trat klar hervor. Graf Palowatzky hob mit geschärfter Hand auf der der Vorlage zu Theil gewordenen sozialdemokratischen Kritik einen Sieg heraus, der den prinzipiell terroristischen Standpunkt der Sozialdemokratie außer allen Zweifel stellt. In einer Berliner Versammlung hatte nämlich ein sozialdemokratischer Reichstagsabgeordneter gesagt:

„In der Deutschtum wird bekannt, daß es eine Pflicht des Staates sei, die Arbeitsschläge als würdige Güter des Staates zu schützen. Aljo die Schafsmüller, die Dummen, die noch

nicht zur Kenntnis ihrer Lage gekommen sind, haben würdige Güter des Staates! Eine Schaf kann man nur als einen Haust ansiehen!“

Die sozialdemokratische Fraktion begleitete dieses Cäcilie mit einem „Sie richtig“, in allem gar nicht mehr darüber zu streiten, daß die Sozialdemokratie sich zu dem Grundsatz bekennt, daß der Arbeitsschlag da, wo sie, die Sozialdemokratie, Arbeitsschaltung proclamirt, rechtlos sei und das von Rechts wegen. Dieser Angesichtsstand liegt in dem Urtheil des Herrn Hefel, das einziges gestern in Worte gekommen ist, wenn der Ausdruck erlaubt ist, Extramumer, indem er die Samoa-Politik der Regierung berührte und dadurch den Staatssekretär des Auswärtigen zum Reden brachte. Einem sonderlichen Gewinn vermögen wie in dieser Erhaltung nicht zu erkennen. Herr v. Bülow wußte sich über den Standpunkt Deutschlands in dem Ostseestreit im Wesentlichen genau zu, so wie bei der Beantwortung der Samoa-Interpellation. Offiziell etwas Neues war allerdings die Annicknung der Entschädigungsaufsprüche der an Eigentums- und persönlicher Freiheit gefährdeten Deutschen und die Versicherung, daß sich die Regierung nach dieser Richtung einer Aufgabe — das Wort „Wicht“ wurde vermieden — „vollkommen bewußt“ sei. Offiziell war aber schon vorher die Erörterung von Entschädigungsaufsprüchen gemeldet worden, freilich zu dem offiziellen Hauptworte, zur Beduld zu machen. Auf diese Rücksichtigtlichkeit, vorerst zu warten, legte gestern auch Herr v. Bülow einen starken Accent und es muß dahingestellt bleiben, ob man seiner Absicht, zu beschwichtigen, seine ganze Erklärung nicht ausschließlich zu verdanken hat. Eindeutig wird sich die deutsche Presse entscheiden müssen, aber auch nur eindeutig. Es darf nicht vergessen werden, daß die Forderung nach Abschaltung der Reichsangehörigen in Samoa die Folge eines Deutes der öffentlichen Meinung Deutschlands und nicht das Werk der Initiative seiner Regierung ist, und es kann sich als notwendig herausstellen, in Bezug auf das Tempo ebenso stimmberechtigter einzurichten, wie es bislanglich der Sache selbst gestochen mögte. Herr v. Bülow enterte übrigens gestern einen kleinen Schluß, der vielleicht stärker gewesen wäre, wenn das Haus, d. h. die nicht allzu zahlreichen anwesenden Abgeordneten, nicht von Spannung auf die erste Sitzung des Arbeitsschlags gezwungen gewesen wäre. Der Reichskanzler, diesmal frei sprechend, eröffnete die Reihe der Redner, um folger Graf Palowatzky. Die Vorführe der Regierung hatten vorerst insofern keine übermäßig schwierige Aufgabe, als man nicht behauptete, die Begründung der Vorlage und die Debatte dazu hätten ihnen nichts zu sagen übrig gelassen. Es darf auch unbedingt gegolten werden, daß der Reichsstaatssekretär des Innern ein eindrucksvolles Bild von den Abfertigungen der Gesetzesvorlage entzog, als die beigebrachten Drucksachen; man ist frei von allen Hindernissen gegen die Koalitionsfreiheit und will diese gerade durch die Vorlage schützen. Das Rechtes nötig, trat klar hervor. Graf Palowatzky hob mit geschärfter Hand auf der der Vorlage zu Theil gewordenen sozialdemokratischen Kritik einen Sieg heraus, der den prinzipiell terroristischen Standpunkt der Sozialdemokratie außer allen Zweifel stellt. In einer Berliner Versammlung hatte nämlich ein sozialdemokratischer Reichstagsabgeordneter gesagt:

„In der Deutschtum wird bekannt, daß es eine Pflicht des Staates sei, die Arbeitsschläge als würdige Güter des Staates zu schützen. Aljo die Schafsmüller, die Dummen, die noch

nicht zur Kenntnis ihrer Lage gekommen sind, haben würdige Güter des Staates! Eine Schaf kann man nur als einen Haust ansiehen!“

Die sozialdemokratische Fraktion begleitete dieses Cäcilie mit einem „Sie richtig“, in allem gar nicht mehr darüber zu streiten, daß die Sozialdemokratie sich zu dem Grundsatz bekennt, daß der Arbeitsschlag da, wo sie, die Sozialdemokratie, Arbeitsschaltung proclamirt, rechtlos sei und das von Rechts wegen. Dieser Angesichtsstand liegt in dem Urtheil des Herrn Hefel, das einziges gestern in Worte gekommen ist, wenn der Ausdruck erlaubt ist, Extramumer, indem er die Samoa-Politik der Regierung berührte und dadurch den Staatssekretär des Auswärtigen zum Reden brachte. Einem sonderlichen Gewinn vermögen wie in dieser Erhaltung nicht zu erkennen. Herr v. Bülow wußte sich über den Standpunkt Deutschlands in dem Ostseestreit im Wesentlichen genau zu, so wie bei der Beantwortung der Samoa-Interpellation. Offiziell etwas Neues war allerdings die Annicknung der Entschädigungsaufsprüche der an Eigentums- und persönlicher Freiheit gefährdeten Deutschen und die Versicherung, daß sich die Regierung nach dieser Richtung einer Aufgabe — das Wort „Wicht“ wurde vermieden — „vollkommen bewußt“ sei. Offiziell war aber schon vorher die Erörterung von Entschädigungsaufsprüchen gemeldet worden, freilich zu dem offiziellen Hauptworte, zur Beduld zu machen. Auf diese Rücksichtigtlichkeit, vorerst zu warten, legte gestern auch Herr v. Bülow einen starken Accent und es muß dahingestellt bleiben, ob man seiner Absicht, zu beschwichtigen, seine ganze Erklärung nicht ausschließlich zu verdanken hat. Eindeutig wird sich die deutsche Presse entscheiden müssen, aber auch nur eindeutig. Es darf nicht vergessen werden, daß die Forderung nach Abschaltung der Reichsangehörigen in Samoa die Folge eines Deutes der öffentlichen Meinung Deutschlands und nicht das Werk der Initiative seiner Regierung ist, und es kann sich als notwendig herausstellen, in Bezug auf das Tempo ebenso stimmberechtigter einzurichten, wie es bislanglich der Sache selbst gestochen mögte. Herr v. Bülow enterte übrigens gestern einen kleinen Schluß, der vielleicht stärker gewesen wäre, wenn das Haus, d. h. die nicht allzu zahlreichen anwesenden Abgeordneten, nicht von Spannung auf die erste Sitzung des Arbeitsschlags gezwungen gewesen wäre. Der Reichskanzler, diesmal frei sprechend, eröffnete die Reihe der Redner, um folger Graf Palowatzky. Die Vorführe der Regierung hatten vorerst insofern keine übermäßig schwierige Aufgabe, als man nicht behauptete, die Begründung der Vorlage und die Debatte dazu hätten ihnen nichts zu sagen übrig gelassen. Es darf auch unbedingt gegolten werden, daß der Reichsstaatssekretär des Innern ein eindrucksvolles Bild von den Abfertigungen der Gesetzesvorlage entzog, als die beigebrachten Drucksachen; man ist frei von allen Hindernissen gegen die Koalitionsfreiheit und will diese gerade durch die Vorlage schützen. Das Rechtes nötig, trat klar hervor. Graf Palowatzky hob mit geschärfter Hand auf der der Vorlage zu Theil gewordenen sozialdemokratischen Kritik einen Sieg heraus, der den prinzipiell terroristischen Standpunkt der Sozialdemokratie außer allen Zweifel stellt. In einer Berliner Versammlung hatte nämlich ein sozialdemokratischer Reichstagsabgeordneter gesagt:

„In der Deutschtum wird bekannt, daß es eine Pflicht des Staates sei, die Arbeitsschläge als würdige Güter des Staates zu schützen. Aljo die Schafsmüller, die Dummen, die noch

nicht zur Kenntnis ihrer Lage gekommen sind, haben würdige Güter des Staates! Eine Schaf kann man nur als einen Haust ansiehen!“

Die sozialdemokratische Fraktion begleitete dieses Cäcilie mit einem „Sie richtig“, in allem gar nicht mehr darüber zu streiten, daß die Sozialdemokratie sich zu dem Grundsatz bekennt, daß der Arbeitsschlag da, wo sie, die Sozialdemokratie, Arbeitsschaltung proclamirt, rechtlos sei und das von Rechts wegen. Dieser Angesichtsstand liegt in dem Urtheil des Herrn Hefel, das einziges gestern in Worte gekommen ist, wenn der Ausdruck erlaubt ist, Extramumer, indem er die Samoa-Politik der Regierung berührte und dadurch den Staatssekretär des Auswärtigen zum Reden brachte. Einem sonderlichen Gewinn vermögen wie in dieser Erhaltung nicht zu erkennen. Herr v. Bülow wußte sich über den Standpunkt Deutschlands in dem Ostseestreit im Wesentlichen genau zu, so wie bei der Beantwortung der Samoa-Interpellation. Offiziell etwas Neues war allerdings die Annicknung der Entschädigungsaufsprüche der an Eigentums- und persönlicher Freiheit gefährdeten Deutschen und die Versicherung, daß sich die Regierung nach dieser Richtung einer Aufgabe — das Wort „Wicht“ wurde vermieden — „vollkommen bewußt“ sei. Offiziell war aber schon vorher die Erörterung von Entschädigungsaufsprüchen gemeldet worden, freilich zu dem offiziellen Hauptworte, zur Beduld zu machen. Auf diese Rücksichtigtlichkeit, vorerst zu warten, legte gestern auch Herr v. Bülow einen starken Accent und es muß dahingestellt bleiben, ob man seiner Absicht, zu beschwichtigen, seine ganze Erklärung nicht ausschließlich zu verdanken hat. Eindeutig wird sich die deutsche Presse entscheiden müssen, aber auch nur eindeutig. Es darf nicht vergessen werden, daß die Forderung nach Abschaltung der Reichsangehörigen in Samoa die Folge eines Deutes der öffentlichen Meinung Deutschlands und nicht das Werk der Initiative seiner Regierung ist, und es kann sich als notwendig herausstellen, in Bezug auf das Tempo ebenso stimmberechtigter einzurichten, wie es bislanglich der Sache selbst gestochen mögte. Herr v. Bülow enterte übrigens gestern einen kleinen Schluß, der vielleicht stärker gewesen wäre, wenn das Haus, d. h. die nicht allzu zahlreichen anwesenden Abgeordneten, nicht von Spannung auf die erste Sitzung des Arbeitsschlags gezwungen gewesen wäre. Der Reichskanzler, diesmal frei sprechend, eröffnete die Reihe der Redner, um folger Graf Palowatzky. Die Vorführe der Regierung hatten vorerst insofern keine übermäßig schwierige Aufgabe, als man nicht behauptete, die Begründung der Vorlage und die Debatte dazu hätten ihnen nichts zu sagen übrig gelassen. Es darf auch unbedingt gegolten werden, daß der Reichsstaatssekretär des Innern ein eindrucksvolles Bild von den Abfertigungen der Gesetzesvorlage entzog, als die beigebrachten Drucksachen; man ist frei von allen Hindernissen gegen die Koalitionsfreiheit und will diese gerade durch die Vorlage schützen. Das Rechtes nötig, trat klar hervor. Graf Palowatzky hob mit geschärfter Hand auf der der Vorlage zu Theil gewordenen sozialdemokratischen Kritik einen Sieg heraus, der den prinzipiell terroristischen Standpunkt der Sozialdemokratie außer allen Zweifel stellt. In einer Berliner Versammlung hatte nämlich ein sozialdemokratischer Reichstagsabgeordneter gesagt:

„In der Deutschtum wird bekannt, daß es eine Pflicht des Staates sei, die Arbeitsschläge als würdige Güter des Staates zu schützen. Aljo die Schafsmüller, die Dummen, die noch

nicht zur Kenntnis ihrer Lage gekommen sind, haben würdige Güter des Staates! Eine Schaf kann man nur als einen Haust ansiehen!“

Die sozialdemokratische Fraktion begleitete dieses Cäcilie mit einem „Sie richtig“, in allem gar nicht mehr darüber zu streiten, daß die Sozialdemokratie sich zu dem Grundsatz bekennt, daß der Arbeitsschlag da, wo sie, die Sozialdemokratie, Arbeitsschaltung proclamirt, rechtlos sei und das von Rechts wegen. Dieser Angesichtsstand liegt in dem Urtheil des Herrn Hefel, das einziges gestern in Worte gekommen ist, wenn der Ausdruck erlaubt ist, Extramumer, indem er die Samoa-Politik der Regierung berührte und dadurch den Staatssekretär des Auswärtigen zum Reden brachte. Einem sonderlichen Gewinn vermögen wie in dieser Erhaltung nicht zu erkennen. Herr v. Bülow wußte sich über den Standpunkt Deutschlands in dem Ostseestreit im Wesentlichen genau zu, so wie bei der Beantwortung der Samoa-Interpellation. Offiziell etwas Neues war allerdings die Annicknung der Entschädigungsaufsprüche der an Eigentums- und persönlicher Freiheit gefährdeten Deutschen und die Versicherung, daß sich die Regierung nach dieser Richtung einer Aufgabe — das Wort „Wicht“ wurde vermieden — „vollkommen bewußt“ sei. Offiziell war aber schon vorher die Erörterung von Entschädigungsaufsprüchen gemeldet worden, freilich zu dem offiziellen Hauptworte, zur Beduld zu machen. Auf diese Rücksichtigtlichkeit, vorerst zu warten, legte gestern auch Herr v. Bülow einen starken Accent und es muß dahingestellt bleiben, ob man seiner Absicht, zu beschwichtigen, seine ganze Erklärung nicht ausschließlich zu verdanken hat. Eindeutig wird sich die deutsche Presse entscheiden müssen, aber auch nur eindeutig. Es darf nicht vergessen werden, daß die Forderung nach Abschaltung der Reichsangehörigen in Samoa die Folge eines Deutes der öffentlichen Meinung Deutschlands und nicht das Werk der Initiative seiner Regierung ist, und es kann sich als notwendig herausstellen, in Bezug auf das Tempo ebenso stimmberechtigter einzurichten, wie es bis